

Medienevent vom 9. Oktober 2024

Mehr verlangen und weniger zahlen gehen nicht zusammen

Referat von Damien Rey, Präsident Junglandwirtekommission (es gilt das gesprochene Wort)

Wir Junglandwirte und -landwirtinnen sind Unternehmer und wollen innovativ sein. Dafür brauchen wir Rahmenbedingungen und Perspektiven, die uns in diese Richtung ermutigen. Mehr Bürokratie und die Pflicht, die Einhaltung der zahlreichen Auflagen zu dokumentieren, hemmen die Innovation. Die Aktenordner links und rechts der Grafik sind Symbole dafür. Um die Zukunft zu planen, brauchen wir auch finanzielle Stabilität und Sicherheit.

Es gibt immer weniger landwirtschaftliche Betriebe. Sie bewirtschaften eine steigende durchschnittliche Fläche und müssen immer mehr Auflagen erfüllen. Um mindestens den gleichen Betrag an Direktzahlungen zu erhalten, müssen wir immer mehr leisten. Die neuen Massnahmen im Zusammenhang mit den Reduktionspfaden für Pflanzenschutzmittel und Nährstoffverluste wurden erst kürzlich eingeführt. Diese erfordern erhebliche Anpassungen unsererseits: Um sie zu finanzieren, wurden die Beiträge für die Versorgungssicherheit gekürzt, obwohl diese die Erfüllung des ökologischen Leistungsnachweises abgelten. Um in den Genuss von gleich viel Direktzahlungen zu kommen, müssen wir Betriebe an den neuen Programmen teilnehmen. Diese gehen mit Mehrbelastung und/oder weniger Ertrag einher. Unter dem Strich haben die Landwirte und Landwirtinnen also mehr Leistungen für denselben Geldsegen erbracht, was also einer Senkung der Direktzahlungen entspricht. Trotzdem war die Beteiligung an den neuen Programmen zur Verringerung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln und Düngemitteln sowie zur Förderung des Tierschutzes hoch.

Die Nichtberücksichtigung der Teuerung ist ein weiterer Aspekt der schwierigen finanziellen Situation, mit der wir konfrontiert sind. Während in anderen Wirtschaftszweigen die Leistungen immer unter Berücksichtigung der Teuerung vergütet werden. In der Landwirtschaft ist dies absolut nicht der Fall. In nominalen Zahlen ausgedrückt ist die Summe der Direktzahlungen also seit 20 Jahren rückläufig. Das ist nicht akzeptabel! Diese Tatsache muss daher auch in der Finanzdebatte berücksichtigt werden!